

als eindeutig. In zunehmendem Maße scheint es einfach soviel wie Katholizismus zu bedeuten (und zwar Katholizismus in jeder seiner vielfältigen Formen, zwischen denen höchstens ansatzweise unterschieden wird), es kann aber auch den geschlossenen Milieukatholizismus meinen oder den politischen Katholizismus, es kann schließlich, wenn auch selten mit dem identisch sein, was der Ultramontanismusbegriff in der innerkatholischen Diskussion, etwa bei Franz Xaver Kraus, am Ende des 19. Jahrhunderts meinte: die Instrumentalisierung der Religion zu politischen Zwecken. Kaum zum Ausdruck kommt jedenfalls, dass es sich beim Ultramontanismusbegriff des Evangelischen Bundes im allgemeinen um ein ideologisch aufgeladenes Schlagwort handelt, das sehr verschiedene Dinge über einen Leisten schlägt und viel mit dem – vom Verfasser mit Recht herausgestellten – religiösen Germanismus und antirömischen (auch antiromanischen) Affekt des Evangelischen Bundes zu tun hat.

*Otto Weiß*

ANDREAS GAWATZ: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 128). Düsseldorf: Droste 2001. 489 S. Geb. EUR 50,10.

In dem Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg wurde die deutsche Gesellschaft in die Moderne gestoßen – doch wie modern war das wilhelminische Kaiserreich? Befand es sich, da generell rückständig, gegenüber den westlichen Verfassungsstaaten auf einem »Sonderweg« oder besaß es neben den dynamischen sozioökonomischen Strukturen wie dem Sprung vom Agrar- in die Industriegesellschaft auch demokratisch-pluralistische Elemente in seiner politischen Kultur?

Zur Beantwortung dieser Wesensfrage über das Kaiserreich konzentriert sich der Verfasser in seiner Tübinger Dissertation auf die württembergischen Parlamentswahlen, stellen Reichs- und Landtagswahlen doch eine bedeutende Partizipationsweise der Bevölkerung am politischen Geschehen dar. Den »Temperaturmessungen am Blute des Volkes« haftete zudem eine ambivalente Eigenschaft an: Zum einen spiegelten sie den gesellschaftlichen Wandel im Resultat unmittelbar wider, zum anderen treiben sie den Umbruch selbst voran, indem sie das politische System zu Lösungsvorschlägen für die Probleme der Zeit herausforderten. Gerade in dem gewählten Zeitschnitt, zwischen 1889 und 1912, steigerte sich die politische Aktivität zu einer gesellschaftlichen Fundamentalpolitisierung. Vor diesem theoretischen Hintergrund gliedert Gawatz seine Studie in sieben Kapitel zu Wahlrecht, Parteien und Interessenverbänden, Kandidaten, Medien und Wahlkampfpraxis, Inhalten und Formen des Wahlkampfes, Wahlbündnissen sowie schließlich dem Wähler.

Das württembergische Wahlrecht war eines der fortschrittlichsten im 19. Jahrhundert und erfüllte sukzessive die Forderung nach allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung. Die Reform 1868 beseitigte die Zensusbeschränkungen für die Auslese der Abgeordneten der Oberämter und Städte, behielt aber als landständisches Relikt privilegierte Repräsentanten im Unterhaus bei. 1906 fielen diese Sonderrechte und das Proportionalwahlrecht löste das Mehrheitswahlrecht mit seinem System der Stichwahlen ab. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1868 stieg der Anteil der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Bevölkerung, dennoch bestanden zwei Partizipationsschranken weiter: das Alter und das Geschlecht. Wählen durften nur alle Männer über 25 Jahre. Gawatz erkennt einen Mehrheitskonsens für eine »konservativ-evolutionäre« Reform (S. 81); keine Partei strebte Rückschritte an. Dadurch wirkte die Teilmodernisierung des Wahlrechts systemstabilisierend.

Zugleich erweiterte sich das Parteienspektrum; der Dualismus der beiden liberalen Parteien fächerte sich zur fünfgliedrigen Struktur auf. Der Durchbruch zur Partei neuen Typs gelang den Gruppierungen am raschesten und konsequentesten, die sich in der Umbruchphase neu aufstellten. Die SPD, das Zentrum und der konservative Bauernbund besaßen jeweils eine größere Mitgliederbasis als die nationalliberale Deutsche Partei oder die linksliberale Volkspartei. Die drei Aufsteiger bauten ihre Parteistrukturen erfolgreich aus, weil eine zentrale und hierarchische Organisation in Ortsvereinen und Delegiertenversammlungen die Mitglieder ebenso stabilisierte wie mobilisierte. Alle drei knüpften ein dichtes Netz von Ortsvereinen und erreichten bei den Urnengängen am Vorabend des Ersten Weltkriegs einen Organisationsgrad von 30 bis 40 Prozent. Wie die beiden bürgerlichen Parteien professionalisierten sie ihre politische Arbeit, indem sie Parteisekretariate gründeten und diese hauptamtlich besetzten. Für die neuen Parteien war es auch vorteilhaft, dass

sie in Milieustrukturen eingebunden waren, die ihre Arbeit in Vereinen oder in der Presse unterstützten.

Mit dem Durchbruch zum politischen Massenmarkt formalisierte und verrechtlichte sich die Kandidatenkür, die in Abstimmung mit der Parteileitung von der Basis im Wahlkreis sanktioniert wurde. Dabei wandelte sich die Vertreterauslese von einer konsensorientierten Absprache in inoffiziellen Gremien zu einer transparenteren und konfliktoffeneren Abstimmung auf Vertrauensmännerversammlungen. Auch der Kandidatentypus wechselte vom Honoratiorenvertreter zum Berufspolitiker und Parteimann – entsprechend der Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft. Als der Landtag nach den Proporzahlen 1906/07 die fraktionsweise Sitzordnung einführte, verabschiedete er sich sichtbar von der vorherigen Platzierung nach Rang und Alter.

In Württemberg, das überdurchschnittlich gut mit eigenständigen Presseerzeugnissen versorgt war, setzte in den 1890er Jahren eine parteipolitische Durchdringung der Presselandschaft ein, die zugleich Motor und Ergebnis der Fundamentalpolitisierung war. Durch eine gezielte regionale Pressepräsenz versuchten das Zentrum, die Volkspartei, der Bauernbund und später auch die SPD, in eigenen Hochburgen die Parteiblätter als deutungskulturelle Multiplikatoren zu verankern und in Diasporagebieten das homogene Meinungsklima aufzubrechen. Seit den 1890er Jahren dehnte sich der Wahlkampf aus und intensivierte sich. Dabei wurde das honoratiorenpolitische Prinzip in der Wahlkampfpraxis von der anti-elitären Massenagitation abgelöst. Der Wahlkampf des Einzelbewerbers ging über in die Kampagne einer Parteiorganisation mit modernisierten Agitationsmitteln sowie planmäßig und großflächig eingesetzten Wahlgeschenken.

In der Ära des politischen Massenmarkts ging die Eigenständigkeit der Landtagswahlkämpfe zurück. Erstens traten die lagerspezifischen Deutungsangebote auf Landesebene nach Erledigung der drei großen Reformvorhaben (Verfassung, Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und Steuer) in den Schatten der Reichspolitik. Zweitens wandelte sich mit den Debatten über die Schulaufsicht und die Zulassung von Männerorden die württembergische »Oase des Friedens« seit der Zentrumsgründung (1894/95) – wie reichsweit – in einen Ort der konfessionellen Auseinandersetzung.

Wie kompromissfähig und koalitionswillig die Parteien waren, zeigt die Analyse einer Segmentierung des Parteiensystems. Die Bündnisfähigkeit offenbarte sich in den 1890er Jahren in der Bildung eines Kartells aus konservativ-bauernbündlerischen und nationalliberal-freikonservativen Gruppierungen sowie eines Antikartells der oppositionellen Volkspartei, des Zentrums und der SPD. Nach der Jahrhundertwende verschoben sich die Fronten zu liberalen Vereinigungsbestrebungen zwischen Volks- und Deutscher Partei und dem schwarzblauen Block aus Bauernbund und Zentrum. Milieübergreifende Kompromisse wurden vorrangig bei Stichwahlen eingegangen, wenn das Schreckgespenst eines unerwünschten Sieges des politischen Gegners die »Ekelgrenze« zog. Lagerüberschreitend arbeiteten Volkspartei und Sozialdemokratie und interkonfessionell das Zentrum mit den Konservativen oder dem Bauernbund zusammen, und die eigenen Wähler vollzogen diese Absprachen nach; sie unterstützten den Bewerber des Stichwahlpartners meist als ihren Kandidaten zweiter Wahl.

Mit der Zunahme politischer Aktivität trat das vormoderne ökonomische Wahlverständnis zugunsten eines fortschrittlichen Partizipationspostulats ab. Vor allem die SPD und das Zentrum stellten Zählkandidaten auf, die zwar ohne Siegchancen waren, deren Nominierung aber eine politische Signalwirkung bei der Stimmabgabe des Wählers hatte. Der Wahltag wurde zum Zähltag der Anhänger einer Partei; der Wähler konnte seine politische Zugehörigkeit ausdrücken. Dabei differenzierte sich das Parteiensystem und das Wählerverhalten gleichermaßen aus. Die drei neuen Parteien, die sich durch eine hohe soziokulturelle Prägnanz auszeichneten und entlang einer konfessionellen Konfliktlinie (Zentrum) oder einer ökonomischen Trennmarke (SPD, Bauernbund) platzierten, verpflichteten ihre Wähler durch eine steigende Milieubindung zunehmend auf sich.

Als Quintessenz erkennt Gawatz, der seiner Studie die Modernisierungstheorie zu Grunde legt, beim Übergang zur Fundamentalpolitisierung drei modernisierende Faktoren: die Egalisierung, Rationalisierung und Nationalisierung der Wahlen. Eine formale Egalisierung brachte die Reform des Wahlrechts mit sich. Die Demokratisierung der Wahlrechtsnormen erweiterte den Kreis derer, die an politischen Entscheidungsprozessen Anteil hatten. Wie hoch die allgemeine Akzeptanz dieser Normen war, zeigt zum einen, wie strikt sich die Regierung enthielt, die Wahlen im eigenen Sinn zu beeinflussen, bzw. wie leidenschaftlich Wahlmanipulationen öffentlich diskutiert wurden. Die Rationalisierung der Abstimmungen zeigt zweitens der sinkende Anteil von Wechselwählern,

da sich die Wählerschaft sozialstrukturell differenzierte. Über sich verdichtende Milieubindungen wurden die Wähler stärker auf ihre sozioökonomische und soziokulturelle Interessenvereinigung verpflichtet. Die zum Teil in Sozialmilieus eingebetteten politisch-sozialen Gruppen waren dabei aber nicht kompromissunfähig, wie die Wahlbündnisse oder das Wählerverhalten bei Stichwahlen belegen. Gleichwohl waren milieuüberschreitende Absprachen situativ und manifestierten keine grundsätzlichen Übereinkünfte zwischen den Sozialgruppen. Hierzu fehlte es im Kaiserreich an strukturellen Erfordernissen wie dem Zwang zur Regierungsbildung, der die Notwendigkeit politischer Kompromisse institutionalisiert hätte. Hierbei spielte auch die Ausdifferenzierung der Gesellschaft nach sozioökonomischen und soziokulturellen Konfliktlinien eine Rolle. Ökonomische und konfessionelle Grenzziehung bestimmte die Wahlkämpfe; die von den harmoniegewohnten Zeitgenossen beklagten »Interessen-Wahlkämpfe« standen immer mehr unter dem Leitspruch: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«. Drittens nahmen überregionale Politikfelder an Bedeutung zu, und die württembergischen Wahlen gerieten immer stärker in den Sog von Themen nationaler Tragweite. Vor allem von den Reichstagswahlen gingen ständig Veränderungsimpulse aus. Das württembergische Parteiensystem bewahrte zwar Regionalismen wie die beachtliche Stellung der Linksliberalen, glich sich aber alles in allem den reichsweiten Prozessen an, wofür der – gleichwohl verzögerte – Aufbau einer eigenständigen Zentrumsorganisation ebenso spricht wie die Gründung einer protestantisch-ländlich-konservativen Bewegung in Gestalt des Bauernbunds. Auch thematisch verwandelten sich die Landtagswahlkämpfe zu regionalen Interpretationen übergeordneter Konfliktfelder.

Gawatz legt eine lesenswerte Arbeit vor, die auf hohem Niveau die Phänomene des Übergangs in den politischen Massenmarkt reflektiert und sie thematisch in den reichsweiten Zusammenhang ebenso einordnet wie methodisch in die Forschungslage. Er argumentiert überzeugend und lesbar. Alles in allem: eine Studie mit hohem Erkenntnisgewinn. *Peter Exner*

VADIM OSWALT: Staat und ländliche Lebenswelt in Oberschwaben 1810–1871. (K)ein Kapitel im Zivilisationsprozess? (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 29). Leinfelden-Echterdingen: DRW-Verlag 2000. X, 230 S. Geb. EUR 28,90.

Ein Bauer hintertreibt, um in traditioneller Weise zu pflügen, das Chausseebegrünungsprogramm der Regierung. Wirte im Dorf kämpfen um die Ausrichtung von Hochzeitsschenken. Ein protestantischer Amtmann verteidigt katholische Landbewohner in einer anonymen Broschüre gegen die religionsbürokratische Systemlogik seiner eigenen Behörde und zahlt dafür einen hohen Preis. Die Beispiele illustrieren das Thema: die Bürokratisierung auf dem Land vor allem durch den Staat, teils auch durch die katholische Amtskirche. Untersuchungsregion sind die sechs Oberämter des südlichen Oberschwaben – eine im Blick auf zentrale Kriterien homogene Region und gleichzeitig als Einzugsgebiet der Heilig-Blut-Wallfahrt von Weingarten ein sehr repräsentativer Kultraum. Ziel ist es, die »Einwirkungen von Bürokratie auf konkrete Lebensbereiche zu erforschen« (S. 7) und Max Webers Maxime zu überwinden, »Rationalität« nur der modernen staatlichen Bürokratie zuzuschreiben. Auf der Suche nach der je eigenen Rationalität der »ländlichen Lebenswelt« entwickelt Oswalt eine multiperspektivische Darstellung, die den jeweiligen Gegenstand der Auseinandersetzung aus den spezifischen Blickwinkeln der Beteiligten in den Blick nimmt.

Die Studie untersucht die Vorstellungshorizonte von Dorfleben, welche das bürokratische Handeln bestimmten, ebenso wie die Selbstverständnisse und Handlungsmöglichkeiten der Bürokratie vor allem in ihrem Verhältnis zu den dörflichen Eliten. Konkrete Praxisfelder beziehen sich auf zwei Bereiche: zum einen auf die materielle Kultur (Feuerordnung, Straßenordnung, Vagantenbekämpfung), sodann auf das, was im vorliegenden Kontext besonders interessieren muss: die Geselligkeit und die Religiosität (Hochzeitsschenken, Weingartener Blutritt).

Das Bild der Verwaltung war – um sich auf den letzten Aspekt zu konzentrieren – um 1830 geprägt von der Vorstellung einer sehr engagierten, wenn auch als veräußerlicht und »bigott« geltenden religiösen Praxis und einer rigiden Moral. Einzelne Hinweise auf eine auch religiöse und moralische Verselbständigung werden zu diesem Zeitpunkt von kulturhegemonialem Optimismus noch übergangen. Das Bild änderte sich, als nach 1848 bis in die 1860er Jahre hinein Grundentlastung und gestiegene Agrarpreise zwar den Wohlstand der Bauern (bei bleibenden massiven sozialen